



# Landesvertreter/innen- versammlung & 14. Landesparteitag

## 1. Tagung

29. April 2017, Glauchau

### **gemeinsames Arbeitsheft 2**

Regularien (R-Anträge)

Leitantrag (A-Anträge)

Parteiinterna (F-Anträge)

Kandidaturen LVV

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND SACHSEN



# Inhaltsverzeichnis

## **R. Regularien**

R.4.NEU	Vorschlag für die Arbeitsgremien des 14. Landesparteitages (1. Tagung)	4
---------	--	---

## **A. Leitantrag**

ÄA.1.1.	Änderungsantrag zum Leitantrag	5
ÄA.1.1.NEU	Änderungsantrag zum Leitantrag	6
ÄA.1.2.	Änderungsantrag zum Leitantrag	7
ÄA.1.3.	Änderungsantrag zum Leitantrag	8
ÄA.1.4.	Änderungsantrag zum Leitantrag	9
ÄA.1.5.	Änderungsantrag zum Leitantrag	10
ÄA.1.6.	Änderungsantrag zum Leitantrag	11
ÄA.1.7.	Änderungsantrag zum Leitantrag	12
ÄA.1.8.	Änderungsantrag zum Leitantrag	13
ÄA.1.9.	Änderungsantrag zum Leitantrag	14
ÄA.1.10.	Änderungsantrag zum Leitantrag	15
ÄA.1.11.	Änderungsantrag zum Leitantrag	16
ÄA.1.12.	Änderungsantrag zum Leitantrag	18

## **F. Parteiinterna**

ÄF.1.1.	Änderungsantrag zu F 1	20
ÄF.1.2.	Änderungsantrag zu F 1	21

<b>Kandidaturen Landesvertreter/innenversammlung</b>	22
--	----

Notizen	24
---------	----

## **R. Regularien an die 1. Tagung des 14. Landesparteitages**

### **R.4.NEU Vorschlag für die Arbeitsgremien**

Einreicherin: Landesgeschäftsführerin

---

#### **Tagungspräsidium:**

Antje Feiks (KV Erzgebirge)  
Stefanie Götze (KV Mittelsachsen)  
Kathrin Kagelmann (KV Görlitz)  
Uta Knebel (KV Meißen)  
Bianca Pietsch (KV Westsachsen)  
Anna Gorskih (SV Leipzig)

Torsten Bachmann (KV Mittelsachsen) – noch offen  
Michael Friedrich (KV Nordwestsachsen)  
Rico Gebhardt (KV Erzgebirge)  
Jan Windisch (KV Vogtland)  
Sebastian Scheel (KV Meißen)

#### **Antrags- und Redaktionskommission:**

Josephine Michalke (SV Leipzig)  
Dorothea Wolff (LAG Hartz IV)  
Dagmar Weidauer (SV Chemnitz)  
**Marika Tändler – Walenta (Mittelsachsen)**  
Anja Eichhorn (SV Dresden)  
Marlies Schneider (KV Zwickau)  
Christine Pastor (SV Chemnitz)  
Josefine Witt (SV Dresden)  
Kerstin Popp (SV Leipzig)

Michael Eichhorn (KV Westsachsen)  
Steffen Juhran (Jugendverband)  
Jens Matthis (SV Dresden)  
Hubert Protzel (KV Erzgebirge)  
**Mirko Schultze (KV Görlitz)**  
Peter Neßmann (KV Nordwestsachsen)  
Daniel Peisker (KV Westsachsen)  
Moritz Thielicke (KV Zwickau)  
Tim Detzner (SV Chemnitz)

#### **Wahlkommission:**

Heidemarie Bamler (KV Erzgebirge)  
Angela Hähnel (KV Erzgebirge)  
Heike Krahl (KV Görlitz)  
Anja Oehm (KV Sächsische Schweiz/Osterzgebirge)  
Sigrid Mann (KV Vogtland)  
Sabine Schmidt (Westsachsen)

**Thomas Grundmann (SV Dresden)**  
David Himmer (KV Nordwestsachsen)  
Daniel Knorr (KV Westsachsen)  
Felix Muster (KV Bautzen)  
Robert Sobolewski (KV Mittelsachsen)  
Robin Rottloff (SV Chemnitz)  
Maximilian Kretschmar (SV Dresden)  
Kay Kamieth (SV Leipzig)

#### **Mandatsprüfungskommission:**

Franziska Wendler (SV Chemnitz)  
Andrea Schrutek (KV Erzgebirge)

Rüdiger Thürling (KV Bautzen)  
Lars Kleba (KV Mittelsachsen)

#### **Entscheidung des Parteitages**

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.1. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Thomas Kachel

Der Landesparteitag möge die folgende Einfügung beschließen:

**Einfügung** eines neue Kapitels 1.4. **ab Zeile 50** (alle weiteren Kapitelnummerierungen verschieben sich entsprechend)*1.4 Frieden in Europa sichern – ostdeutsche Erfahrungen beachten*

*Auch in Ostdeutschland sind viele Menschen besorgt über die politische und militärische Eskalation in Osteuropa, einem Teil Europas, mit dem viele in Ostdeutschland besondere wirtschaftliche, kulturelle, biographische Verbindungen haben. Die Konfrontation der letzten Jahre zwischen dem Westen und Russland ist Anlass, auf die Errungenschaften der friedlichen Revolution in der DDR zurück zu verweisen, deren friedlicher gewaltloser Verlauf die friedliche Auflösung des damaligen sozialistischen Lagers zum Erfolg machte. Ohne den Gewaltverzicht, den die Sowjetunion damals in der DDR übte, wäre dies nie möglich gewesen – ein Umstand den gerade Ostdeutsche nicht zu vergessen bereit sind. Das daraus gewonnene Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und zur friedlichen Konfliktlösung ist der LINKEn nach wie vor Leitmarke auch und gerade in der Außenpolitik. Eine Politik des Säbelrasselns gegenüber Russland lehnen wir ab – unabhängig davon wer dort regiert. Eine solche Politik ist nicht nur kontraproduktiv sondern auch gefährlich, weil sie die Tür zuschlägt gegenüber allen Versuchen, Vertrauen zwischen den Ländern Osteuropas wieder aufzubauen, und dort vorhandene Ängste in einem Miteinander zu überwinden. Gerade weil sie das mögliche Miteinander zerstören, sind NATO-Panzer an den Westgrenzen Russlands gefährlich, und Wirtschaftssanktionen nur schädlich.*

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017**

**ÄA. 1.1.NEU Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher\*innen: Thomas Kachel (LAG Frieden/int. Politik Sachsen), Dr. Helga Lemme (AG Frieden und Gedenken Leipzig), Sandra Steiner (LAG Frieden/int. Politik Sachsen), Danilo Streller (SDS Leipzig)

---

Der Landesparteitag möge beschließen, in Zeile 128 das folgende Kapitel einzufügen. Damit würde das jetzige Kapitel drei zu Kapitel vier:

*„3. Konfrontation beenden, Aufrüstung und Bundeswehreinsätze stoppen  
Auch in Sachsen sind mehr und mehr Menschen besorgt über zunehmende Spannungen in der Weltpolitik und die zunehmenden Versuche, solche Spannungen mit Waffengewalt und Krieg zu lösen. Die Geflüchteten des eskalierenden Konflikts in Syrien und aus dem sogenannten Krieg gegen den Terror zeigen uns auch hier bei uns die konkreten Folgen von Krieg.  
In Europa besteht die Gefahr eines atomaren Wettrüstens mit katastrophalen Folgen. Die Russland-Sanktionen haben allein sächsischen Firmen über 250 Millionen Euro Verluste gebracht. Nicht nur Ostdeutsche sind sich darüber im Klaren, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung für den Frieden in Europa trägt: Insbesondere das Verhältnis der Bundesrepublik zu Russland muss von einem Streben nach friedlicher Koexistenz und Kooperation geprägt sein - unabhängig davon, wer in Moskau regiert. Die Entsendung von deutschen Kampfflugzeugen nach Estland, und die Stationierung deutscher Panzergrenadiere in Litauen sind daher die völlig falschen Signale.  
Außerhalb Europas ist die Bundesrepublik verstärkt militärisch aktiv: Der US-Luftschlag gegen eine Schule im syrischen Al Mansoura, der im März mindestens 30 Menschen tötete, wurde durch Aufklärungsflüge der Bundeswehr vorbereitet. Dieses Vorkommnis zeigt: Auch eine „Aufklärungsmission“ ist Krieg und führt zu Zerstörung und Toten.  
Dagegen halten wir Linken an der Erkenntnis fest, dass die Konflikte dieser Welt nicht militärisch zu lösen sind. Wir treten deshalb für nachhaltige Friedensprozesse, und ein sofortiges Verbot der Waffenexporte ein. Die LINKE setzt sich ein für den Stopp der aktuellen Aufrüstungspläne und die Verwendung dieser Mittel für Soziales, Bildung, Gesundheit und Kultur. Wir setzen uns ein für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und fordern den Abzug aller ausländischen NATO-Truppen von den russischen Westgrenzen.  
Mit diesen Inhalten treten wir selbstbewusst an die Öffentlichkeit und bringen uns in die Friedensbewegung ein.“*

**Begründung:**

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen (insbesondere in Osteuropa) muss der größte Ostdeutsche Landesverband der LINKEN auch eine friedenspolitische Positionierung vornehmen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
Angenommen:	Abgelehnt:
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.2. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Moritz Thielicke

Der Landesparteitag möge die folgende Ersetzung des Leitantrages beschließen:

**„25 + X**

*DIE LINKE. Sachsen setzt sich für den Wahlkampf 2017 folgende Ziele:*

*1. Wahlziele - 25 + X % - mind. acht Listenplätze - mindestens ein Direktmandat*

*2. Wahlkampforganisatorische Ziele*

*a) Kampagne: - Zweitstimmenfokus - dezentraler - jedoch zentral koordinierter - Wahlkampf über die WahlFabrik - Einbindung externer Strukturen in mindestens drei Wahlkreisen und mindestens 80 Personen - Gewinnung von mindestens 400 neuen Mitgliedern im Wahljahr - Verbreiterung der Wähler\*Innenbasis in der Fläche*

*b) Öffentlichkeitsarbeit und interne Bildung - Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch konsequentes Corporate Design - individuelle Möglichkeiten der Ansprache in den einzelnen Kreisen in Absprache mit den Kandidat\*Innen - Erarbeitung von Schulungsangeboten für die Kandidat\*Innen und Helfer\*Innen*

*c) Infrastruktur - klare Kommunikationshierarchien und Ansprechpartner\*Innen - optimierte Logistikstruktur zentral koordiniert, dezentral realisiert - verbessertes Schadensmeldungssystem für Großplakate - flächendeckende Verteilaktionen aus eigenen Strukturen heraus - aktive Einbindung aller Neumitglieder - Entwicklung einer Wahlkampf-App zur Koordinierung und Optimierung des Bundestagswahlkampfes, wie auch für weitere Wahlen“*

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017**

**ÄA. 1.3. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Moritz Thielicke

---

Der Landesparteitag möge die folgende Ergänzung des Leitantrages in der Zeile 2 ff. beschließen:

**„25 + X**

*DIE LINKE. Sachsen setzt sich für den Wahlkampf 2017 folgende Ziele:*

- 1. *Wahlziele - 25 + X % - mind. acht Listenplätze - mindestens ein Direktmandat*
- 2. *Wahlkampforganisatorische Ziele*

*a) Kampagne: - Zweitstimmenfokus - dezentraler - jedoch zentral koordinierter - Wahlkampf über die WahlFabrik - Einbindung externer Strukturen in mindestens drei Wahlkreisen und mindestens 80 Personen - Gewinnung von mindestens 400 neuen Mitgliedern im Wahljahr - Verbreiterung der Wähler\*Innenbasis in der Fläche*

*b) Öffentlichkeitsarbeit und interne Bildung - Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch konsequentes Corporate Design - individuelle Möglichkeiten der Ansprache in den einzelnen Kreisen in Absprache mit den Kandidat\*Innen - Erarbeitung von Schulungsangeboten für die Kandidat\*Innen und Helfer\*Innen*

*c) Infrastruktur - klare Kommunikationshierarchien und Ansprechpartner\*Innen - optimierte Logistikstruktur zentral koordiniert, dezentral realisiert - verbessertes Schadensmeldungssystem für Großplakate - flächendeckende Verteilaktionen aus eigenen Strukturen heraus - aktive Einbindung aller Neumitglieder - Entwicklung einer Wahlkampf-App zur Koordinierung und Optimierung des Bundestagswahlkampfes, wie auch für weitere Wahlen“*

**Anmerkung des Einreichers:**

Der Antrag ist als Kompromiss-Vorschlag anstelle der vollständigen Ersetzung konzipiert. Er soll intern wie extern Interessierten einen Überblick über die wichtigsten Ziele im Bundestagswahlkampf 2017 geben.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
Angenommen:	Abgelehnt:
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.4. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge die folgende Ergänzung des Leitantrages in der Zeile 92 ff. beschließen:

*„Dies will DIE LINKE mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens erreichen, womit das HartzIV- Sanktionssystem mit seinem menschenunwürdig niedrigen HartzIV-Regelsatz überwinden wird. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen entfällt der unmittelbare wirtschaftliche Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen und es befreit Arbeitslose von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Jobcentern. DIE LINKE nimmt zur Kenntnis, dass mit der Digitalisierung der Produktion in den nächsten 10 Jahren 4 von 5 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren werden, weil die dort geleistete Arbeit dann von Maschinen durchgeführt wird und lehnt staatlich subventionierte Beschäftigungstherapien für diese Menschen ab. Da die mit der Digitalisierung entfallenen Arbeitsplätze keinesfalls 1:1 durch neue Arbeitsplätze ersetzt werden, wird die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens umso notwendiger, damit auch die Menschen, die die Wirtschaft nicht braucht, ein Leben in Menschenwürde führen und an der Gesellschaft teilhaben können. HartzIV ist die falsche Antwort auf die Digitalisierung!“*

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.5. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

Der Landesparteitag möge die folgende Ergänzung des Leitantrages in der Zeile 119 beschließen:

*„Der Osten ist auch eisenbahnverkehrstechnisch abgehängt. Die hier vorhandene Schieneninfrastruktur entspricht bis auf wenige 200 km/h ausgebaute Strecken nicht mehr dem aktuellen Stand, was insbesondere die meist sehr Trassierung entspricht, welche heute keine zeitgemäße Geschwindigkeit von 200 km/h auf Bestandsstrecken zulässt. Mit dem Bau der Thüringer-Wald-U-Bahn, das ist die Ende 2017 vollständig in Betrieb gehende ICE-Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt-Leipzig mit einem 60 km langen Tunnel durch den Thüringer Wald, womit Deutschland zeitweise über den längsten Eisenbahntunnel der Welt verfügen wird, wird der Großraum Südwestsachsen mit seinen Großstädten Plauen, Gera, Zwickau und Chemnitz dauerhaft vom europäischen ICE-Hochgeschwindigkeitsverkehr abgeschnitten, was sich auch sehr nachteilig für die wirtschaftliche weitere Entwicklung dieses Großraums auswirken wird. Bereits jetzt sind erste Abwanderungstendenzen in die alten Bundesländer, wo die Schieneninfrastruktur in einem besseren Zustand ist, erkennbar. DIE LINKE wird sich deshalb zusätzlich zu den im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltenen Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen mit Nachdruck für den Bau der sehr dringend erforderlichen ICE-Schnellbahnfahrtstrecke Nürnberg-Plauen-Gera-Leipzig, Plauen-Zwickau-Chemnitz-Dresden und Chemnitz-Leipzig einsetzen.“*

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. *DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017***

**ÄA. 1.6. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

---

Der Landesparteitag möge die folgende Streichung im Leitantrag zu beschließen:

Komplette Streichung des Kapitel 3

**Begründung:**

Enthält keine konkreten Wahlaussagen mehr.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. *DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017***

**ÄA. 1.7. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

---

Der Landesparteitag möge die folgende Streichung im Leitantrag zu beschließen:

Komplette Streichung des Kapitel 1.4.

**Begründung:**

Formulierungen sind für Wähler, die konkrete Aussagen erwarten viel zu allgemein gehalten.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. *DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017***

**ÄA. 1.8. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

---

Der Landesparteitag möge die folgende Streichung im Leitantrag zu beschließen:

Komplette Streichung des Kapitel 1.5.

**Begründung:**

Formulierungen sind für Wähler, die konkrete Aussagen erwarten viel zu allgemein gehalten.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. *DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017***

**ÄA. 1.9. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Ulrich Neef

---

Der Landesparteitag möge die folgende Streichung im Leitantrag zu beschließen:

Komplette Streichung des Kapitel 4

**Begründung:**

Enthält keine konkreten Wahlaussagen mehr.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.10. Änderungsantrag zum Leitantrag**Einreicher: Torsten Steidten

---

Der Landesparteitag möge die folgende Ergänzung des Leitantrages in Zeile 17 beschließen:

*„Die Deregulierung und Privatisierung in Sektoren wie Post, Verkehr und Telekommunikation führte in den Unternehmen zu sinkendem **(Real-)Einkommen** und einer **deutlichen Zunahme von atypischen / prekären Beschäftigungsverhältnissen.**“*

**Begründung:**

Die Deregulierung führt nicht in jedem Fall zu sinkenden Einkommen, sehr wohl aber zu einer starken Zunahme verschiedener Formen atypischer/ prekärer Beschäftigung.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017****ÄA. 1.11. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Dieter Gaitzsch

Unterstützer: Alexandra Wolf, Dieter Siegert (Landesrat), Rotraut Näther, Heike Mühlig-Bekhtaoui, Margot Gaitzsch, Rica Gottwald, Waldemar Peine (SV Dresden)

Der Landesparteitag möge beschließen, die Zeilen 94 bis 118 zu ersetzen:

*„2.2. Zur Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit in Gesamtdeutschland wollen wir ostdeutsche Erfahrungen nutzen. Die Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen strukturschwachen und Wachstumsregionen werden größer statt kleiner. Das neoliberale Gesellschaftsmodell führt zu wachsender Ungleichheit zwischen den Regionen. Die LINKE Sachsen setzt auf politische Ansätze, die sich aus den Erfahrungen der Menschen in den neuen Bundesländern entwickeln lassen. Positive Strukturen und Erfahrungen aus dem Osten werden bis heute überwiegend ignoriert, können aber zur strukturellen Stärkung von Regionen beitragen. Das betrifft unter anderem die Schonung von Ressourcen durch eine nachhaltige Abfall- und Ressourcenwirtschaft, durch eine zielgerichtete Wertstoffnutzung und die Abkehr von der "Wegwerfwirtschaft" ebenso wie eine Stärkung des Solidarischen Miteinanders. Für Andere Einstehen hat sich einmal mehr bei der Bewältigung der „Jahrhundert“ Fluten hier im Osten gezeigt. Im Familienalltag waren in der DDR die Frauen stärker emanzipiert. Das ist auch ein Grund, warum der Frauenanteil auf den Führungsebenen in den neuen Bundesländern aktuell signifikant höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt ist. Die Menschen in den neuen Bundesländern haben gezeigt, dass hegemoniale Eliten in einer politisch wachen Bevölkerung keine Zukunft haben. Es gibt also positive Anknüpfungspunkte für die Übernahme der Erfahrungen aus den neuen Bundesländern in den politischen Alltag. Manches setzt sich wieder durch, wie die Polikliniken, die als Ärztehäuser wieder auferstanden sind.“*

**Begründung:**

Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich nicht als Menschen zweiter Klasse, deshalb ist die Orientierung auf Ostdeutschland kein emotionales Argument für Wähler\*innen. DIE LINKE Sachsen ist nicht die Partei der ostdeutschen Interessen sondern die Partei der sozialen Gerechtigkeit, unabhängig vom Lebensmittelpunkt der Menschen. Eine ausschließliche Vertretung von ostdeutschen Interessen steht im Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit, weil es Klientelpolitik für eine bestimmte Gruppe bedeutet. In Sachsen gibt es Städte und Regionen, die besser gestellt sind, als Städte und Regionen in den alten Bundesländern. Unser Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gilt für Alle. Die genannten Fakten zu Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland sind unbestritten, lassen aber keine schlüssige Interpretation auf ein spezifisches ostdeutsches Lebensgefühl zu und sollten deshalb nicht im Leitantrag erwähnt werden. Die Anzahl der nichtehelich geborenen Kinder ist in Ostdeutschland seit 2006 relativ gleichbleibend bei ca. 60%, der Bundesdurchschnitt ist in dieser Zeit von 30% auf 35% gestiegen. Das bedeutet eine steigende Anzahl von nicht ehelich geborenen Kindern in den alten Bundesländern. Diese Zahlen lassen auf einen Wandel von Familienvorstellungen im Westen schließen. Alleinerziehende sind keine homogene Gruppe (siehe Monitor Familienforschung). Schon deshalb verbietet sich, aus der höheren Anzahl von Alleinerziehende im Osten auf ein ostdeutsches Lebensgefühl zu schließen. Dazu kommt, dass sich bundesweit nur 4% der Alleinerziehenden bewusst für die Ein-Elternschaft ent-

schieden haben (siehe Aktuelle Ausgabe von „wir-sind-alleinerziehend“). Daraus folgt, dass die meisten Alleinerziehenden nicht wegen einer modernen Familienvorstellung in dieser Situation sind.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**A. Leitantrag an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**A.1. DIE LINKE. Sachsen im Bundestagswahlkampf 2017**

**ÄA. 1.12. Änderungsantrag zum Leitantrag**

Einreicher: Klaus Bartl, Heiderose Gläß, Volker Külow, Michael Matthes, Dietmar Pellmann, Franziska Riekewald, Susanne Schaper

---

Der Landesparteitag möge beschließen, die Zeilen 50 bis 63 zu ersetzen:

Alt:

*„1.4. Wir stecken bereits mitten im Kulturkampf um Demokratie  
Der Kampf um eine offene Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung des Einzelnen die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist“ — wie dies DIE LINKE in ihrem Programm beschreibt —, der Kampf um eine demokratische Gesellschaft hat nunmehr den Charakter einer weltweiten tiefgreifenden kulturellen Auseinandersetzung angenommen. Nationalstaatliche Abschottung, verstärkte Diskriminierung, patriarchale Gesellschaftsvorstellungen und rassistische Menschenbilder stehen in diesem Kulturkampf als vermeintliche Alternativen auf der Gegenseite — oft verbunden mit denselben neoliberalen Wirtschaftsmodellen, deren Auswirkungen sie vermeintlich bekämpfen wollen. Dieser Kulturkampf ist nur zu gewinnen, wenn zugleich für einen Ausbau der Demokratie und einen funktionierenden Sozialstaat gekämpft wird, wenn wir LINKE hier sehr konkrete Ideen entwickeln bzw. unsere vorhandenen Ideen fortentwickeln. Diese Auseinandersetzungen müssen einhergehen mit dem Kampf gegen Diskriminierungen, z.B. auf Grund von Herkunft oder Geschlecht und dem Unterbreiten von Vorschlägen für die Etablierung einer offenen, solidarischen Gesellschaft und dem Erkämpfen besserer Lebensbedingungen für alle Menschen im Land.“*

Neu:

***„1.4. Wir brauchen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem  
Der vom Neoliberalismus geprägte globale Kapitalismus befindet sich längst in einer Mehrfachkrise. In deren Verlauf haben verschiedene Formen von Gewalt zugenommen, die immer stärker die „neue“ kannibalische Weltordnung prägen: (imperialistische) Kriege, Repressionen, Ungleichheit jeder Art, autoritärer Rechtspopulismus und Neofaschismus, massive Aushöhlung der Demokratie, Zerstörung der Umwelt im planetarischen Maßstab, gigantische Finanz-Crashes usw. Auch in den reichen Ländern des Westens und insbesondere in der EU nehmen Armut, soziale Unsicherheit und Abstiegsängste zu. Die Bürgerinnen und Bürger verlieren immer mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, wohingegen Lobbyisten, ökonomische Eliten und insbesondere internationale Konzerne ihre Macht ausbauen können. DIE LINKE agiert in dieser Auseinandersetzung als sozialistische und emanzipatorische Partei und verbindet das Eintreten für Antirassismus, Feminismus und Internationalismus mit ihrem Kampf für soziale Verbesserungen vor allem zugunsten der Lohnabhängigen und Prekarisierten: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“ (Erfurter Programm)“***

**Begründung:**

Die vorliegende Passage des Leitantrages schreibt dem schillernden Begriff „Kulturkampf“ eine weltweite Dimension zu. Dessen Verwendung impliziert, die Ursachen der globalen Probleme einschließlich Rassismus, Geschlechterdiskriminierung usw. lägen statt in den kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen vor allem im vermeintlichen „Kampf der Kulturen“, wie er von Samuel P. Huntington in seinem gleichnamigen Buch Mitte der 1990er Jahre dargelegt wurde. Huntingtons These, die Großkonflikte der Gegenwart und Zukunft seien vor allem Konflikte und Kämpfe von Kulturen, floss umfänglich in die Argumentationsmuster der Neuen Rechten ein; sie verschleiert damit auch den Charakter vieler wirtschafts- und sozialpolitischer „Reformen“, die für breite Bevölkerungsschichten oftmals nachteilig sind. Linke und LINKE hingegen führen den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung des Einzelnen die Voraussetzung der freien Entwicklung aller ist“.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

**F. Anträge zu Parteiinterna an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag**

**F.1. Begrenzung von Antragstexten auf maximal Zeichenzahl**

**ÄF.1.1. Änderungsantrag zu F1**

Einreicher: Antje Feiks, Thomas Dudzak

---

Der Landesparteitag möge die folgende Ersetzung zum Antrag F1 beschließen:

Der Antragstext soll ersetzt werden durch:

*„Der Parteitag möge beschließen, dass Antragstexte inklusive der Antragsbegründung eine Zeichenzahl von 6.500 Zeichen i.d.R. nicht überschreiten sollten. Anträgen, die eine, längere Zeichenzahl erfordern, ist eine Zusammenfassung der politischen Botschaft des Antrages von maximal 300 Zeichen voranzustellen. Die Zeichenanzahl des Antrages, des Antragstextes und der Begründung kenntlich zu machen.“*

**Begründung:**

Die Botschaft des Ursprungsantrages ist richtig und wichtig: Einer linken Partei steht es gut zu Gesicht, die Länge von Antragstexten zu begrenzen. Es ist auch richtig, dass es Anträge gibt, bei denen diese Länge nicht einhaltbar ist. Beispiele hierfür sind Leitanträge oder Wahlauswertungen. Um der Intention des Antrages zu entsprechen, glauben wir, ist es deshalb sinnvoll, statt einer langen Zusammenfassung des Antrages die Antragssteller zu einer kurzen Formulierung der im Antrag beinhalteten politischen Botschaft zu verpflichten. Wer kurz formulieren kann, worauf ein Antrag hinaus will, hält sich am Ende auch im Antragstext kürzer.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>	
Angenommen: _____	Abgelehnt: _____
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

**F. Anträge zu Parteinterne an die 1. Tagung des 14. Landesparteitag****F.1. Begrenzung von Antragstexten auf maximal Zeichenzahl****ÄF.1.2. Änderungsantrag zu F1**Einreicher: Antje Feiks, Thomas Dudzak

---

Der Landesparteitag möge die folgende Ergänzung zum Antrag F1 beschließen:

Ergänze den Antragstext:

*„Ausgenommen von der Regelung der Zeichenzahlbegrenzung sind Leitanträge und Wahlauswertungen.“*

**Begründung:**

Die Botschaft des Ursprungsantrages ist richtig und wichtig: Einer linken Partei steht es gut zu Gesicht, die Länge von Antragstexten zu begrenzen. Es ist auch richtig, dass es Anträge gibt, bei denen diese Länge nicht einhaltbar ist. Beispiele hierfür sind Leitanträge oder Wahlauswertungen. Es ist wenig sinnvoll, diesen sowieso schon langen Antragstexten dann eine ebenfalls lange Zusammenfassung voranzustellen. Dies führt nicht zu einer Kürzung des Ursprungsantrages, sondern vielmehr zu einer zusätzlich notwendigen Lesens- und Erfassensleistung der Delegierten. Weiterhin haben die meisten Leitanträge, die wir in den letzten Jahren beschlossen haben, zu Beginn oder am Ende des Textes eine Zusammenfassung.

**Anmerkung:**

Sollte Antrag F1 nicht beschlossen werden, sollte dieser zur Abstimmung kommen.

**Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_



## Barbara Höll

Liebe Genossinnen und Genossen,

als der sächsischen Linken 2013 etwa 16000 WählerInnenstimmen für ein 9. Mandat fehlten, fand meine parlamentarische Arbeit ein abruptes Ende. Ich war „raus“, aber nicht weg. Da alles Bemühen in Parlamenten ohne außerparlamentarischen Druck Gefahr läuft zu verpuffen, tat ich das Naheliegende und verstärkte mein ehrenamtliches Engagement. Durch meine intensive Arbeit als Vorsitzende des Sozialwerkes des demokratischen Frauenbundes e.V., im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Hilfsorganisation HELP sowie als Elternsprecherin schärfte und wandelte sich mein Blick für die vielfältigen Probleme.

Fakt ist, viele Menschen haben oder nehmen sich kaum Zeit, politische Zusammenhänge zu durchdringen, zudem spalten sich die Lebenswirklichkeiten immer mehr auf. Dabei verbindet die Menschen sehr viel! 2,7 Million Erwerbstätige verbindet, dass sie aufgrund zu geringer Verdienste keine Einkommenssteuer entrichten. Alleinerziehende Mütter und Väter verbindet, dass sie wegen ihrer Kinder von Armut bedroht sind. Die ostdeutschen RentnerInnen verbindet, dass ihre Lebensarbeitsleistung nicht voll anerkannt wird. Nichtheterosexuell lebende Menschen verbindet, dass sie immer noch nicht gleichberechtigt sind. Frauen verbindet, dass Männer ein Drittel mehr als sie verdienen.

Uns Alle verbindet die Bedrohung durch den ungebrochenen sträflichen Umgang mit der Natur und eine neue Spirale des Wettrüstens.

Hier ist Die Linke nicht nur gefragt, sondern dringend notwendig! Als Partei für den Alltag mit konkreten Hilfsangeboten, Diskussionsräumen, Protestmöglichkeiten UND mit unseren Vorschlägen, wie Gesellschaft sich verändern kann. Dies zu organisieren und mit Leben zu erfüllen ist zwar manchmal mühsam, wie ich aus meiner Arbeit als stellvertretende Stadtvorsitzende und Sprecherin der BAG Queer weiß, doch es ist auch toll wenn zum Beispiel der Austausch zwischen den Generationen funktioniert. Und wer sagt denn, dass Politik nicht Spaß machen darf?

Liebe Genossinnen und Genossen, mit frischem Elan, vielen Erfahrungen und neuen Sichtweisen bewerbe ich mich um ein Bundestagsmandat, letztmalig.

„Wenn sich Perspektiven verflüchtigen, gibt es immer auch eine Tendenz nach rechts, eine Art dumpfe Erinnerung. Aus Verantwortung für unsere Kinder müssen wir andere Perspektiven finden.“

Lasst uns suchen, diskutieren, abwägen, Neues probieren und Altes auf Tauglichkeit prüfen. Finden wir Perspektiven.

### Biographische Daten

- 59 Jahre alt
- Philosophin
- 2 erwachsene Söhne, alleinerziehende Mutter einer fröhlichen Jugendlichen, 2 Schwiegertöchter und 4 Enkel
- Mitglied des Dt. Bundestages von 1990-2002 und von 2005-2013
- im Ehrenamt u.a. Vorsitzende des Vereins der Bundestagsfraktion Die LINKE e.V.



## Gudrun Schumann

### Biographische Daten

- 60 Jahre
- Zwönitz
- 2 Söhne
- Mitglied seit 1976
- Facharbeiterin für BMSR-Technik, Kauffrau für Bürokommunikation, Galvaniseurin, erwerbslos, Hartz IV-betroffen

*„Meine ganze Kraft, mein ganzes Leben habe ich dem Kampf um die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Krieg, Not und Elend gewidmet.“*

(Nicolai Ostrowski in „Wie der Stahl gehärtet wurde)

Danach lebe ich. Dieser Frieden, Umwelt, Menschlichkeit zerstörende Kapitalismus muss überwunden werden. Die Menschheit wird sonst unweigerlich untergehen. Die Zeit drängt.

Als Ortsvorsitzende, Vorsitzende der AG Lisa Aue-Schwarzenberg, Mitglied der Finanzrevisionskommission Sachsen, Sprecherin der BAG Gesundheit & Soziales, Sprecherin der LAG Hartz IV, Gewerkschaftsmitglied, Mitglied und Vorstandsmitglied verschiedener eingetragener Vereine gelte ich als ein Organisations- und Allroundtalent mit vielen innovativen Ideen, die den Motor der Partei antreibt und die Menschen mitreißen kann. Ich denke in logischen, tiefgründigen und

umfassenden Zusammenhängen. Kritikfähigkeit, ein revolutionärer Umgang mit den Gegebenheiten in meinem Umfeld gehören zu meinen Eigenschaften.

Frieden ist zwar nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Grundvoraussetzung für Frieden ist ein toleranter, demokratischer, beleidigungs-, diffamierungs- unterstellungs- und intrigenfreier, auf gegenseitiger Achtung der Meinung und der Lebensleistung meiner Mitmenschen basierender Umgang. Ich lebe danach.

Die Bundesregierung und ihre Parteien im Bundestag sind Handlanger für die Großkapitalisten und ihre Lobbyisten. Diese unsäglich kriegerische unsoziale Politik der Wirtschaftsmächtigen und ihrer Vasallen muss beendet werden. Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem müssen von der Politik zuallererst mal Rahmenbedingungen hin zu Frieden, besseren Umweltbedingungen und sozialer Gerechtigkeit gesetzt werden. Im Bundestag will ich dafür unsere Initiativen weiter entwickeln und öffentlich gestalten.

Ausgebildete Facharbeiter-/innen, Hartz IV-Betroffene, Behinderte und Frauen sind im Bundestag deutlich unterrepräsentiert. Dabei bilden diese Gruppen die große Mehrheit des Volkes. Ich verkörpere sie alle 4. Um im Bundestag für deren Rechte zu kämpfen, braucht es den Mut und den Willen von linken Frauen, die sich trauen, dafür zu kämpfen, auch wenn sie nicht studiert haben, Hartz IV betroffen und behindert sind, wie ich.

DIE LINKE muss es schaffen, die Politik dieser BRD zu ändern. Jeder Mensch muss seine Verantwortung für sein Leben begreifen. Dafür stehe ich mit meinen Genoss-/innen an Infoständen, dafür organisiere ich zusammen mit ihnen und anderen Initiativen Aktionen gegen Hartz IV u. a. , dafür setze ich mich meine Ideen für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit ein, dafür diskutiere ich mit allen Menschen, egal welcher politischer Anschauung sie sind.







[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)  
#14|pt

#### **Impressum**

Herausgeberin: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin  
Satz: Robert Wünsche  
Redaktionsschluss: 25.04.2017